

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortliche Redaktion:
Julius Arnold,
Druck u. Verlag: Auer-Druck
u. Verlagsanstalt m. b. H.,
Auer, Telegraphen-Adresse:
Erzgebirgische Anzeiger.
Zernfresser - Anstalt Nr. 25.

Das Auer-Tageblatt wird durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.50 M., bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.40 M., bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierteljährlich 13.50 M., monatlich 4.50 M. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 14.50 M., monatlich 4.50 M., erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenspaltsche Poststelle oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 30 Pfg., Restspaltenpreise für Auer und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 300 Pfg. Bei größeren Abzählungen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9 Uhr abends, für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 158

Montag, den 12. Juli 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Die Verhandlungen in Spa lassen eine endung zum Bessern erhoffen; die Entscheidung in der Kohlenfrage wurde auf heute verschoben.

Das vorläufige Abstimmungsresultat: Die Preußen 99316 abgegebenen Stimmen, von 91 634 deutsch und 7682 polnisch, demnach 92 Prozent deutsch; Dänen 361063 abgegebenen Stimmen, davon deutsch 353 655 und polnisch 78, also 97,9 Prozent deutsch.

Amlich wird aus Washington gemeldet: Die Zusammenkunft der Völkerbundversammlung ist auf den 15. November festgesetzt worden.

Lord John Fisher, der bekannte englische Flottenführer und ehemaliger Lord der Admiralität, ist gestorben.

Hoffnungsvolle Wendung in Spa.

Vorläufige Entspannung in der Kohlenfrage.
Die Sonnabendnachmittags-Sitzung in Spa hat einen Umschwung gebracht, auf den wohl niemand außerhalb des engsten Delegiertenkreises gefaßt war. Minister v. Simons, Hugo Stinnes und Otto Hue haben aus dem und Bittern den Waff getrennt, aber den französischen Neuanbegehren und der Vernichtungswille der Entente zum Stürzen gekommen sind. Die Vertreter unserer Gegner haben erkennen müssen, daß das, was gestern im Schlosse La Reineuse von Spa vorgeht, nichts mehr mit bloßem Rachehüten und blinder Ausübung eines ohnmächtigen Gegners zu tun haben darf, sondern daß dort die Grundsteine zum Neuaufbau der Fortexistenz der Welt gelegt werden.

Simons
stand, als es sich um die Frage der Kohlenlieferungen handelte, auf, um, wie er sagte, den gegnerischen Delegierten ins Auge zu blicken. Nicht nur juristische Gründe, sondern auch Gründe praktischer Natur sprachen gegen die Beschlüsse vom Freitag. Die deutsche Delegation hätte beabsichtigt, bestimmte Vorschläge in bezug auf die Kohlenfrage und die Wiedergutmachungsfragen zu machen, um die gegnerischen Ansprüche möglichst vollständig zu befriedigen ohne Gefährdung der deutschen Lebensfähigkeit. Es sollten außer der Kohlenkommission drei weitere Kommissionen zu diesem Zwecke von deutscher Seite eingesetzt werden: 1. für die finanziellen Probleme, 2. für die technischen und 3. für die wirtschaftlichen. Diese habe sich mit Deutschlands Arbeitsleistungen und den internationalen Geldfragen überhaupt zu beschäftigen. Die Kohlenfrage sei dabei die Zentralfrage und ohne Einverständnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf deutscher Seite nicht zu lösen.

Stinnes
erklärte dann, daß bis jetzt in deutschen Bergbau alles geschehen sei, um die Alliierten zu befriedigen. Die Forderungen der Entente, die am Freitag mitgeteilt worden seien, würden die Förderung im deutschen Bergbau nur reduzieren. Ferner seien die Bemühungen des deutschen Bergbaues durch die militärischen Bedingungen des Protokolls vom 9. Juli sehr erschwert. Unruhen seien unausbleiblich, die Folgen würden Störungen der Produktion sein, die auf die Alliierten zurückfallen würden. Stinnes sprach außerst scharf, nicht politisch, aber vielleicht doch eindringlich.

Dann folgte eine große Rede von **Hue**. Er sprach über die Bergarbeiter und die Stimmung bei den Unternehmern. Hue erklärte, daß die Bergarbeiter entkräftet seien durch die Hungerkatastrophe und unter den ungünstigsten Umständen lebten. Trotzdem hätten sie sich zur Mehrforderung verpflichtet. Sie machten Ueberführungen. Die deutsche Arbeiterschaft sei aber fest entschlossen, am Sechsfundentag festzubalzen. Die Kohlenfrage sei ein internationales Problem und nur durch internationale Verständigung lösbar. Die Vertreter des deutschen Bergbaues seien gerne nach Spa gekommen, um mitzuarbeiten, aber die Diplomaten am grünen Tisch könnten nichts bestimmen gegen den Willen der Arbeiterschaft. Er hoffe, daß die Alliierten eine sachliche Arbeit in Kommissionen ermöglichen würden, damit es wirklich zum Wiederaufbau Europas komme. Hue trug seine Rede in schlichten klaren Worten und ruhig vor. Es war nicht zu verkennen, daß sie einen großen Eindruck auf die ganze Versammlung gemacht hatte.

Nach einer Pause brachte dann die Nachmittags-Sitzung die Entscheidung über das Schicksal der Konferenz.

Wahlpräsident Millerand
ergriff sofort das Wort zu längeren Ausführungen und erklärte, er wende sich den Vorkommnissen des Reichsministers Dr. Simons in der Vormittags-Sitzung zu. Die Ausführungen der deutschen Sachverständigen Stinnes und Hue seien nicht als Regierungserklärung aufzu-

fassen und seien nicht unter die Verantwortlichkeit der deutschen Regierung. Millerand betonte gegenüber den Ausführungen des Ministers Dr. Simons die Berechtigung der Entente zu Zwangsmassnahmen wegen Nichterfüllung der Kohlenlieferungen. Indessen wünsche man, daß die deutsche Wirtschaftskraft sich wieder hebe, wenn Deutschland nur die Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllt. Millerand sprach dann aus,

daß die Beziehungen der Alliierten zu Deutschland so — er suchte offensichtlich nach einem Worte — friedlich (pacifisches) wie möglich würden. Das sei ein Bedürfnis für ganz Europa.

Dieser Teil der Rede Millerands zeichnete sich durch ganz besondere Wärme aus, die überhaupt die ganze Rede durchzog. Millerand schloß, die Alliierten wünschten entschieden, daß man sich durch Beratungen der Sachverständigen in Kommissionen rascher über die Kohlenfrage einig, und schlug den sofortigen Zusammentritt der Sachverständigen in einem in der Nähe gelegenen Hotel vor. Die Kommission trat sofort zusammen und erklärte sich bereit, ihren Bericht bis Sonntag nachmittag fertigzustellen.

Darauf trat eine Pause ein, in der der Tee genommen wurde. Hierbei war besonders zu bemerken, daß Lloyd George mit dem deutschen Arbeiterführer Hue eine längere Aussprache über Bergarbeiterfragen führte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung ergriff

Minister Dr. Simons
das Wort und widersprach zunächst den Ausführungen Millerands über Berechtigung von Zwangsmassnahmen bei Nichterfüllung der Kohlenlieferungen. Es handele sich hier zweifellos um ein Mißverständnis. Er dankte dann für die freundlichen Worte, welche Millerand Deutschland gewidmet hatte und ging ausführlich auf die deutschen Pläne über die Wiedergutmachung ein. Die Beratungen seien noch nicht ganz abgeschlossen. Er erklärte sich bereit, die Pläne der deutschen Regierung Montag früh schriftlich vorzulegen. — Lloyd George unterbrach hier und fragte, ob nicht eine Beschleunigung möglich sei. Er möchte die Pläne gern etwas früher haben, vielleicht schon Sonntag abend. — Dr. Simons erklärte, es werde das Mögliche geschehen, um diesen Wunsch zu erfüllen. Die Sitzung wurde danach auf Sonntag 5 1/2 Uhr nachmittag vertagt, wo der Bericht der Kohlenkommission zur Vorlegung kommen und Beschluß darüber gefaßt werden soll.

Nach diesem Verlaufe der Sitzung darf man wohl sagen, daß durch den entschlossenen Einspruch des deutschen Wortführers und der beiden deutschen Sachverständigen das Unheil in seiner größtmöglichen Form verhütet worden ist. Wie ein Hoffnungstrahl fällt in das Dunkel der deutschen Bedrücktheit die Kunde von den verständlichen Tönen, die der Wortführer unserer hasserfülltesten Gegner gesungen hat. Sie sind der natürliche Widerhall auf die kalte Sprache der Daten und Ziffern, die in diesem Kampf der Tatsachen und Notwendigkeiten fürs erste wieder einmal gefiegt haben. Und es eröffnet sich, wenn auch immer noch in bescheidenem Maße, die Aussicht, daß in dieser Aussprache der Frieden der Welt entschieden wird.

Vor weittragenden Beschlüssen.

Deutschland und die Entwaflnung.
Weim Reichspräsidenten fand Sonnabend vormittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Geßler, Staatssekretär Albert und General v. Seeckt Bericht erstatteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lloyd George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaflnung der Bevölkerung, das heißt also das

Einammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen
gelegt habe. Die Androhung des Einmarsches in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen worden, nachdem der Reichsminister des Innern zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerrecht widerspricht. Die Schlussformel der Unterabfertigung geht insoweit nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde — en ce qui concerne le gouvernement allemand (soweit dies die deutsche Regierung angeht) — die Bedingungen auszuführen. Lloyd George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterabfertigung die Strafklausel nicht decken.

Es wurde weiter festgestellt, daß bei dem Nachdruck, mit welchem die Einammeln der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier als bald an einschneidenden Massregeln greifen müsse.

Entwaflnung, nicht Auflösung der Sicherheitspolizei.

Wie die Germania zuverlässig erfährt, traf bei der Reichsregierung in Berlin ein Telegramm aus Spa ein, wonach unter der Entwaflnung der Sicherheitspolizei keineswegs deren völlige Entwaflnung oder gar deren Auflösung zu verstehen sei, sondern vielmehr nur die Einlegung schwerer Waffen und die

Entmilitarisierung. Somit würde die deutsche Sicherheitswehr als reine Volkspolizei fortbestehen können.

Wie man in Berlin denkt.
Eine Versammlung Berliner Sicherheitswehrmänner hat beschlossen, gegen eine Auflösung ihrer auf mehrere Jahre laufenden Verträge Vorstellungen bei der Reichsregierung zu erheben. Auch die Berliner Reichswehrformationen haben in Versammlungen ihrer Vertrauensleute Beschlüsse gegen die bevorstehende Massenliquidierung der Angehörigen der Reichswehr gefaßt.

Württemberg gegen die Auflösung der Volkspolizei und Einwohnerwehren.

Die württembergische Regierung hat auf telegraphisches Ersuchen der Reichsregierung zu der Frage der Auflösung der Volkspolizei und Einwohnerwehren Stellung genommen und einstimmig beschlossen: Ein Verzicht auf Polizei und Einwohnerwehren ist für Württemberg unmöglich, weil dies gleichbedeutend wäre mit der Auflösung jeder Staatsordnung. Bezüglich der Reichswehr wird die Entscheidung der Reichsregierung überlassen. Dieser Beschluß wurde der württembergischen Gesandtschaft in Berlin übermittelt.

Bayern entwaflnet nicht!

Die bayerische Regierung hat die Reichsregierung aufgefordert, ihren Beschluß, keine Entwaflnung der Einwohnerwehren in Bayern durchzuführen, den Vertretern der Entente in Spa bekanntzugeben zu lassen. In der Sonnabend-Sitzung des Reichskabinetts wurde der Standpunkt des Reiches dahin festgelegt, daß durch die Unterzeichnung des Diktats der Alliierten in Spa auch für Bayern die Pflicht der Entwaflnung der Einwohnerwehren gegeben sei.

Die Polenheere in voller Flucht.

National Tidende meldet aus Helsingfors: Die aus Polen in Helsingfors eingelaufenen Nachrichten bestätigen, daß die militärische Lage Polens verzweifelt ist. Auf der ganzen Front befinden sich die Polen in panikartiger Flucht. Von den Karpaten bis an die Berezina ist die polnische Front in Auflösung.

Dänaburg preisgegeben.

Nach in Kodal eingegangenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dänaburg bis zur litauischen Front vorgerückt und haben die Verbindung zwischen der lettischen und polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewisten erlöst worden, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestatten. Dänaburg, das von lettischen Truppen auf Aufforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewisten besetzt.

Brest-Litovsk unter Feuer.

Die Wiener Reichspost meldet aus Warschau: Brest-Litovsk wird von den Russen mit schweren Geschützen beschossen. Das polnische Hauptquartier ist nach Warschau zurückverlegt worden. Wilna wird von der polnischen Armee eiligst in den Verteidigungszustand gesetzt.

Die Kämpfe rücken an unsere Grenze!

Nach Meldungen aus Tilsit zeigte sich der schnelle Rückzug des polnischen Heeres von der roten Armee in der zunehmenden Infamie polnischer Soldaten in der Nähe der ostpreussischen Grenze.

Flucht der polnischen Regierung aus Warschau?

Die Warschauer Regierung demittiert die Meldung, nach der die Regierung von Warschau nach Polen überzusiedeln beabsichtigt. Demgegenüber ist festzustellen, daß von der polnischen Regierung doch umfangreiche Massnahmen für einen sofortigen Abmarsch aus Warschau getroffen sind. Allerdings scheint der Plan, nach Polen zu gehen, fallen gelassen worden zu sein, da in Polen bekanntlich eine starke regierungsfeindliche Stimmung vorhanden ist. Es wurden andere Städte des östlichen Polens wie Thorn und Graudenz in Erwägung gezogen.

Rußland nimmt die englischen Bedingungen an.

Die Antwort der russischen Regierung an England ist in London eingetroffen und sofort an Lloyd George in Spa übermittelt worden. Lloyd George wird die russische Antwort dem Obersten Rat unterbreiten. In dieser Antwort erklärt der russische Volkskommissar des Innern Tschitschertin, daß die Sowjetregierung bereit sei, die Bedingungen der englischen Regierung ungeschmäler anzunehmen. Die Bedingungen der englischen Regierung lauteten: Freilassung aller englischen Gefangenen, Räumung Westens durch die Bolschewisten, Einstellung jeder bolschewistischen Propaganda im Orient, Ungültigkeitserklärung aller russischen Schulden an die Ententeländer.

Keine politische Meldungen.

Die Reichspräsidentenwahl. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, wird der Reichstag erst beim Wiederversammentritt im Herbst den Termin der Reichspräsidentenwahl festsetzen. Präsident Ebert hat sich bereit erklärt, bis längstens Ende des Jahres sein Amt weiterzuführen. Die Präsidentenwahl soll erst nach den

Wenn ge...
so nahe...
herr Mag...
daß ich...
wenn ich...
en könnte...
Erkenntnis...
le die Er...
dahin zu...
le es mir...
nicht ir...
vor mir...
ich erblicke...
aber Sie...
Sinne für...
ger unan...
ort. Rein...
nen aus...
den Kom...
n Augen...
inne mich...
richtig...
Da kommt...
da...
r hinaus...
a. Frau...
esicht mit...
nd zog sie...
in la gar...
Sie, die...
Stadt, und...
glauben...
virlich...
ben sein...
e größten...
er Dum...
schob sich...
ich denke...
dings ist...
Da fahre...
die Tür...
Du! Du...
Du kommst...
mel? Ich...
hierher...
Haft Du...
in. Sie...
seine...
Stimme...
untersten...
e etwas...
erzählte...
zum...
In sie...
e einige...
ie habe?

machen...
darauf...
erweit...
melden...
Frau...
Hörlein...
eichen...
ack...
er...
uer...
hweis...
handel...
uerin...
auch...
durch...
hs...
Watte...
s und...
nfen...
pakt...
glaube...
sch...
kten...
agnet...
sch die...
hand...
mm...
796...
he...
rate...
Welt...
ben...
W...
sch...
e...